



Schader Stiftung

HPV

Hessische Hochschule
für Polizei und Verwaltung
University of Applied Sciences

HESSEN



Öffentliches Gespräch

Innere Sicherheit in Deutschland: Polizeiliche und wissenschaftliche Perspektiven

Donnerstag, 4. März 2021, 19:00 Uhr
online aus dem Schader-Forum Darmstadt



Die Polizeien Deutschlands dienen der inneren Sicherheit einerseits durch die Aufklärung von Straftaten sowie die Ermittlung von Straftätern und -täterinnen, andererseits durch präventive Maßnahmen, also durch den Versuch, Straftaten zu verhindern. Die Maßnahmen zur Prävention werden in den Bundesländern – auch durch Änderungen der Polizeigesetze – immer mehr in der Vordergrund gestellt. Die Herstellung von Sicherheit, nicht die Aufarbeitung begangener Straftaten, scheint die neue Hauptaufgabe der Polizei zu sein.

Dies wirkt auf den ersten Blick passend zu einem steigenden Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung. Ein von manchen als rasant empfundenen gesellschaftlicher Wandel mitsamt seinen sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die einzelnen, eine immer wieder neu aufsteigende Angst vor terroristischen Anschlägen, beides verknüpft mit teilweise drastischer medialer Darstellung, erhöhen in der Bevölkerung das Bedürfnis nach Sicherheit. Auch daraufhin getroffene Maßnahmen der Prävention können dieses Bedürfnis weiter verstärken.

Kompetenzerweiterungen der Polizeien, gefordert oder durch entsprechende Landesgesetze bereits eingeführt, dienen der Herstellung der gewünschten Sicherheit. Berechtigung und Befähigung der Polizei zur Überwachung bei angenommenen Gefahren, entsprechende technische Aufrüstungen bis hin zur Ermöglichung eines präventiven Freiheitsentzugs sind hier zu nennende Beispiele. Dass diese zu erheblichen Grundrechtseinschränkungen führen können, muss bedacht werden. Ermächtigungen auf Basis einer „abstrakten Gefährdungslage“, also aufgrund bloßer Gefahrenvermutungen, sind abzuwägen mit Freiheitsrechten der Bevölkerung sowie dem Erhalt der Rechtsstaatlichkeit Deutschlands.

Wie sind aus polizeilichen und wissenschaftlichen Perspektiven die aktuellen Herausforderungen der inneren Sicherheit in Deutschland einzuschätzen?

Die Schader-Stiftung und die Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung laden alle Interessierten zu einem abendlichen Gespräch zwischen Dr. Hans-Jürgen Lange, Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei, und Sabine Thureau, Präsidentin des Landeskriminalamts in Wiesbaden ein. Es findet statt am Donnerstag, den 4. März 2021, ab 19:00 Uhr.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange ist Politikwissenschaftler und seit 2014 Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei. Darüber hinaus ist er Sprecher des Interdisziplinären Arbeitskreises Innere Sicherheit und des Arbeitskreises Politikfeldanalyse Innere Sicherheit der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft. Er ist Herausgeber der Schriftenreihen „Studien zur Inneren Sicherheit“ und „Forum für Verwaltungs- und Polizeiwissenschaft“. Seit Hans-Jürgen Lange 1998 mit seiner Studie zur Inneren Sicherheit im politischen System der Bundesrepublik Deutschland habilitierte, ist er als Experte über die aktuellen Forschungen zur Sicherheit und Polizei anerkannt.

Sabine Thureau ist seit 2010 Präsidentin des Landeskriminalamtes in Wiesbaden. Bereits 1974 ging sie zur Kriminalpolizei des Landes Hessen. Anschließend studierte sie Rechtswissenschaften und wurde nach dem zweiten Staatsexamen zunächst stellvertretende Leiterin der Justizvollzugsanstalt Frankfurt IV. Schließlich konnte sie 1992 als Juristin in den höheren Dienst der Polizei wechseln und war vor ihrem Wechsel an die Spitze des HLKA Vizepräsidentin des Polizeipräsidiums Frankfurt.

Wir laden herzlich zu einer Online-Teilnahme per Zoom ein. Anmeldung und weitere Informationen unter www.schader-stiftung.de/InnereSicherheit

Programmverantwortung
Prof. Dr. Georgios Terizakis,
Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung
Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung